
Werner Ruf

Kritische Friedensforschung ade?

Über die Entstehung und das kurze Leben der Kritischen Friedensforschung wurde schon vielfach diskutiert (siehe exemplarisch: Ruf 2016). Sie war entstanden im Zuge der Veränderungen in der Bundesrepublik, die der Aufbruchsstimmung nach dem Jahre 1968 folgte. Sie verstand sich explizit als fächerübergreifende Disziplin, die nicht mehr nur auf die internationalen Beziehungen und die Frage von Krieg und Frieden beschränkt sein wollte, sondern im Sinne des von Johan Galtung geprägten Begriffs der Strukturellen Gewalt verortete sie Krieg und Konflikt nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch in den Gesellschaften selbst, in der „ungleichen Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen.“ (Wasmuth 1998, S. 177) Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass Friedensforschung sich normativ verstehen muss, Gesellschaft verändern will in Richtung auf den Abbau struktureller Gewalt mit dem Ziel, das Zusammenleben von Menschen friedlicher zu gestalten durch die Reduzierung von Konflikthaftigkeit, die durch gesellschaftliche Ungleichheit verursacht ist. Friedensforschung ist dann konsequenterweise immer kritisch, sie ist stets parteilich, verortet sich auf der Seite der Benachteiligten, der Unterdrückten, Ausgebeuteten.

Rückblick auf die Kritische Friedensforschung

Es war die Initiative des Bundespräsidenten Gustav Heinemann, die am 28. Oktober 1970 zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) führte. Sie wurde von Bund und Ländern finanziert, verwaltete die bereitgestellten Mittel selbständig und finanzierte in Eigenvergabe Forschungsvorhaben. Die DGFK löste sich 1983 auf, weil die von CDU- bzw. CSU-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg ihre Förderung einstellten, gefolgt von der Bundesregierung

unter Helmut Kohl. Hinfort sollte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Förderung zuständig sein. Implizit waren mit dieser Entscheidung zwei folgenreiche Entscheidungen verbunden: Für die Beurteilung von Forschungsvorhaben galten hinfort die Kriterien der „Wissenschaftlichkeit“, wie sie von der tendenziell konservativen DFG entwickelt worden waren und, vor allem, der Selbstverwaltung der Wissenschaft wurde ein Ende gesetzt.

Der konfessionslose, bekennende Agnostiker Karlheinz Koppe, der mit 16 Jahren noch zum Dienst in Hitlers Armee gezwungen worden war, hatte bis dahin erfolgreich den Aufbau der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung geleitet. Dabei konnte er auf seine Erfahrungen und seine Netzwerke in Pax Christi, Justitia et Pax, dem Zentralkomitee deutscher Katholiken zurückgreifen, für die er zuvor tätig war. Diese Aufbauphase und die zahlreichen politischen Rückschläge sind detailliert in seiner Autobiografie beschrieben (vgl. Koppe 2014). Schon früh hatte Koppe auf die Gefahr der Vereinnahmung der Friedensforschung durch die ideologische Füllung (oder auch Begrenzung) des Begriffs *Frieden* hingewiesen:

„Von vielen Friedensforscher*innen [wird] der Begriff Frieden mehr oder weniger eng auf den Zustand der internationalen Beziehungen bezogen und die damit zusammenhängende Sicherheitsproblematik ebenfalls mehr oder weniger eng militärisch/territorial interpretiert. Dies wird nur scheinbar durch den Verweis auf den Gegenbegriff von Frieden, nämlich Krieg, bestätigt, denn schon beim Begriff ‚Bürgerkrieg‘ zögern wir, den entsprechenden Gegenbegriff zu benutzen: ‚Bürgerfrieden‘, was in der Tat innerem Frieden und sozialer (innerer) Sicherheit sehr nah käme. Hilfsbegriffe wie ‚negativer Frieden‘, ‚positiver Frieden‘ und ‚Gerechtigkeit‘ geben das, was zum Ausdruck gebracht werden soll, nur unvollkommen wieder.“ (Hauswedell 2014, S. 39 f.)

Der Kampf um den semantischen Gehalt des Begriffs „Frieden“ war auch Programm: Wurde „Frieden“ mit Hilfe des klassischen Begriffs von „Krieg“ als dem Gegensatz von „Frieden“ auf den Zustand der internationalen Beziehungen reduziert, so wurde damit das gesamte innergesellschaftliche Feld ausgeblendet. Sowohl strukturelle Gewalt wie die organisierte Friedlosigkeit innerhalb von Gesellschaften entschwanden aus dem Blickwinkel. Die Fragen nach den Ursachen von Konflikten, nach der Genese von Gewalt waren nicht mehr Gegenstand von Friedensforschung, geschweige denn die – wissenschaftliche – Frage nach den gesellschaftlich-politischen Veränderungen, die für die Schaffung friedlicher Verhältnisse geboten wären.

Genau diese für Frieden konstitutive Frage hat jüngst Günter Steigerwald in seinem an Bundespräsident Steinmeier gerichteten offenen Brief nach den terroristischen Morden von Hanau auf den Punkt gebracht, wenn er schreibt:

„Wenn die Armen dabei sind, den Krieg [der zwischen Armen und Reichen geführt wird W. R.] zu verlieren, dann steigt die Ohnmacht und mit der Ohnmacht die Wut und Verzweiflung. Hartz IV, die elendige Flüchtlingspolitik der Regierung, das neoliberale Programm unserer Regierenden säen jeden Tag Wut und Verzweiflung. ... Wenn ich jedoch Schuldige vorgebe – wie faule Sozialhilfeempfänger, faule Griechen, schmarotzende Migranten und Flüchtlinge - dann prügele ich auf die Benachteiligten in der Gesellschaft ein.“ (Steigerwald 2020)

Die Kritische Friedensforschung war letztlich angetreten als Veränderungswissenschaft. Als solche war sie gefährlich für den Status quo. Sie wurde abgeschafft, sobald sich die politischen Verhältnisse im Sinne der Restauration wieder stabilisiert hatten. So sind die Kämpfe um die semantische Füllung des Friedensbegriffs auch zu verstehen als Richtungskämpfe: Wenn, wie Koppe schon voraussah, der Kampf um die Grundbegriffe um die Definition von „negativem Frieden“ (zwischenstaatlicher Krieg) und „positivem Frieden“ (Abwesenheit von zwischenstaatlichem

Krieg) geführt wird, dann ist innergesellschaftlicher Frieden nicht mehr Gegenstand der Friedensforschung – das Problem ist wegdefiniert, für diesen Forschungsstrang ist es inexistent geworden. Die Reduktion auf Krieg oder Nichtkrieg als Forschungsgegenstand wird umso einfacher, als dieser Gegenstand leichter definierbar und daher handhabbarer wird. Entscheidender ist jedoch, dass er Konflikursachen nicht mehr in den Blick nimmt, auf die Analyse von gesellschaftlicher Konfliktgenese verzichtet (siehe Ruf 2017) und damit endgültig den Anspruch aufgibt, der für die Kritische Friedensforschung konstitutiv war.

Die deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)

Ganz gestorben ist die Friedensforschung in der Bundesrepublik jedoch nicht. Das unermüdliche Drängen von Friedensforscherinnen und Friedensforschern insbesondere aus den Reihen der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), der wissenschaftlichen Vereinigung der Friedensforscherinnen und Friedensforscher, führte im Oktober 2000 schließlich zur Gründung der Deutschen Stiftung für Friedensforschung (DSF) durch die Bundesregierung. Sie ist beim Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung angesiedelt und soll folgende Themengebiete fördern: Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens, Gewalt- und Krisenprävention, Intervention in Gewaltkonflikten, Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Friedenspädagogik, Historische Friedensforschung, Förderung des innerwissenschaftlichen Diskurses und der interdisziplinären Zusammenarbeit (siehe Deutsche Stiftung Friedensforschung 2020).

Die Stiftung finanziert sich aus Erträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 25,57 Mio. € und durch Zustiftungen. Der Vorstand der DSF besteht aus fünf Mitgliedern, die für drei Jahre vom Stiftungsrat ernannt werden. Er führt die Geschäfte der Stiftung gemäß den Beschlüssen des Stiftungsrats und entscheidet insbesondere über die Verwendung der Stiftungsmittel. Der Stiftungsrat besteht aus 12 Mitgliedern, die durch die Stifterin – vertreten durch den/die Bundesminister*in für Bildung und Forschung – für

einen Zeitraum von vier Jahren berufen werden. Ihm gehören satzungsgemäß fünf Wissenschaftler*innen, vier Vertreter*innen der Bundesregierung sowie drei Mitglieder des Deutschen Bundestages an. Vorsitzender des Stiftungsrats ist der/die Staatssekretär*in des BMBF (siehe Bundesstiftung Friedensforschung (DSF)).

Mit dieser Konstruktion ist der dominante Einfluss der Bundesregierung gesichert. So mag es kein Zufall sein, dass sich unter den förderungswürdigen Themen fast wörtlich jene „Petersberg-Aufgaben“ finden, die die EU zum Kern ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemacht hat: Humanitäre Aktionen; Friedenserhaltende Maßnahmen; Kampfgruppeneinsätze für das Krisenmanagement, einschließlich Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens (siehe Ruf 2020, S. 39). Allerdings finden sich dort auch Förderschwerpunkte, die Affinität zur „alten“ Kritischen Friedensforschung besitzen, wie beispielsweise Friedenspädagogik und Historische Friedensforschung. Betrachtet man allerdings die Auflistung der bisher von der DSF bis 2019 geförderten fünfzig Projekte (siehe Bundesstiftung Friedensforschung (DSF)), so zeigt sich deutlich, dass ihre große Mehrzahl mehr oder weniger direkt an den praktisch-politischen Prioritäten der Bundesrepublik orientiert sind. Struktur der DSF, Zusammensetzung ihrer Entscheidungsgremien, aber auch das Vor-Wissen der Antragsteller*innen um diese Strukturen erklären diese Schlagseite.

Summa summarum kann festgestellt werden, dass es in Deutschland immerhin eine wenn auch bescheiden vom Staat geförderte Friedensforschung gibt und damit die Disziplin als solche anerkannt ist. Das wird unterstrichen durch die Existenz von friedenswissenschaftlichen Studiengängen an einigen wenigen Universitäten. Andererseits ist festzuhalten, dass der Staat sich ganz klar eine Steuerungsfunktion bei der Auswahl der Projekte gesichert hat und damit letztlich inhaltlich bestimmt, was denn nun „Friedensforschung“ ist. Die Schere im Kopf der Antragsteller*innen tut ein Übriges dazu, dass deutsche Friedensforschung

an dem von der offiziellen Politik formulierten Interessen ausgerichtet bleibt.

Friedensforschung als Teil des Wissenschaftsbetriebs

So ist es nicht verwunderlich, dass Friedensforschung sich des Geruchs des Willens zur Systemveränderung schnell und leicht entledigen konnte, indem sie sich der klassischen Frage nach Krieg und Frieden bemächtigte. Dies ist keineswegs verwerflich, bedeutet jedoch aber erstens die Eingrenzung der Forschungsfrage auf Krieg und Frieden und zweitens den weitgehenden Verzicht auf die Frage nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen von Konflikt und Gewalt, kurzum der (kapitalistischen) Gesellschaften innewohnenden strukturellen Gewalt.

Die Frage nach der „organisierten Friedlosigkeit“, die in kapitalistischen Gesellschaften als systembedingt definiert wurde, wird von der in die politischen Strukturen der Republik eingebundenen Friedensforschung nicht mehr gestellt. Betrachtet man die bewilligten Anträge (s. o.), so ergibt sich deutlich der Eindruck, dass gerade in den Fällen, in denen es um Konfliktprävention, Konfliktlösung, zivile Konfliktbearbeitung geht, die Interessen des Akteurs Bundesrepublik allenfalls als die des gütigen Maklers erscheinen, möglicherweise vorhandene Eigeninteressen geraten meist gar nicht in den Blick der Forscherinnen und Forscher. Diese Feststellung wird auch unterstrichen durch die „Friedensgutachten“, die jährlich von den etablierten Instituten gemeinsam herausgegeben werden.

Sicherlich finden sich dort Analysen und Empfehlungen, die, würde ihnen gefolgt, Konflikte reduzieren, durch Abrüstungsmaßnahmen unsere Welt sicherer machen, Menschenrechte und Völkerrecht stärken würden. Entlarvend werden solche Empfehlungen dann, wenn – offenbar um ihnen Nachdruck zu verleihen – darauf verwiesen wird, dass ihre Verwirklichung auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liege. Die Friedensforschung im Dienst nationaler, weil deshalb a priori „guter“ Interessen? Solche Prämissen sollten in wissenschaftlicher Konfliktanalyse nichts zu suchen haben.

Doch es ist nicht nur der Verzicht auf grundlegende Kritik am System der organisierten Friedlosigkeit innewohnenden Gewaltförmigkeit, die diese Friedensforschung kennzeichnet, es ist auch der Verzicht auf die grundlegende Normativität, die dem Ansatz der Kritischen Friedensforschung eigen ist. So konnte vor rund zehn Jahren auf einem Jahreskongress der AFK ernsthaft (wenn auch strittig!) die Frage diskutiert werden, ob Frieden ein normativer Begriff sei oder eben ein mit Hilfe des Werkzeugkoffers der Friedensforschung herstellbarer Zustand der relativen Gewaltfreiheit.

Somit ist festzustellen, dass die aktuelle etablierte Friedensforschung charakterisiert ist durch einen Mangel an Theorie, die helfen würde, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zu fassen und gewaltförmige Konfliktaustragung zu erklären, ja zu prognostizieren. Die von der etablierten Friedensforschung produzierten Analysen bleiben in der Regel unhistorisch. Mit dieser Kritik ist nicht gemeint, dass etablierte Herangehensweisen auf einem Konflikt vorausgegangene Chronologien verzichten würden. Jedoch: Um Konflikte zu verstehen und deshalb umfassende und grundlegende Lösungen entwickeln zu können, müssen die Gesamtheit der vorausgegangenen sozio-ökonomischen Prozesse erfasst und die Interessen der direkt und indirekt beteiligten Parteien erkannt und gewichtet werden. Der wohl ideologisch bedingte Verzicht auf die wahrscheinlich fruchtbareren Ansätze der politischen Ökonomie bedingt oft die Aporie wohlgemeinter Studien.

Der entscheidende Grund aber, weshalb Friedensforschung zu einer eher technizistischen Disziplin geworden ist, ist ihr Verzicht auf jenen emanzipatorischen Anspruch, der die Kritische Friedensforschung kennzeichnete. Die Aufgabe dieses emanzipatorischen und gesellschaftliche Verhältnisse transformieren wollenden Anspruchs hatte zur Folge, dass mittlerweile zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung Welten liegen, Kommunikation inexistent geworden ist. Friedens“Wissenschaft“ hat es dadurch aber erreicht, als wissenschaftliche Disziplin im akademischen Raum anerkannt zu werden. Ihren Anspruch, als prakti-

sche Wissenschaft selbst agierender Teil dieser Gesellschaft zu sein, hat sie aufgegeben.

Damit zeigt sich der wohl entscheidende Unterschied zwischen der etablierten Friedensforschung und jener Kritischen, die in den 70er und beginnenden 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorherrschend war: Die Kritische Friedensforschung verfolgte nicht nur die enge Frage nach (zwischenstaatlichem oder innerstaatlichem) Frieden oder Krieg, sie verfolgte auch ein politisches Ziel. Sie verstand sich als Teil der gesellschaftlich verankerten Friedensbewegung, als Ausdruck auch gesellschaftlicher, auf Veränderung drängender Kräfte. Als solche nahm sie zu aktuellen Fragen, Konflikten, Kriegen Stellung. Sie nahm Impulse aus der (ebenfalls schwach gewordenen) Friedensbewegung auf, lieferte Wissen und Erkenntnisse an diese zurück. Diese Verbindung an fortschrittliche Kräfte in der Gesellschaft ist durch die Akademisierung der Disziplin gekappt. Nur wenn die Verbindung und Verankerung in einer – auch durch das Wirken der Friedensforschung - wieder erstarkten Friedensbewegung neu hergestellt werden kann (vgl. Strutynski 2002), wird Kritische Friedensforschung eine Renaissance erleben können.

Solche Bewegungen sind nicht utopisch, sondern herstellbar, wie es die im Zusammenhang mit der spürbar gewordenen Klimaveränderung die Bewegung S4F (Scientists for Future) zeigt, wo Wissenschaftler*innen sich bewusst in den Dienst der Bewegung stellen. Beide Bewegungen zielen direkt auf Fragen der Existenz der Menschheit. Ihr Zusammengehen wäre also nur logisch. Veränderung aber kann, in beiden Fällen wissenschaftlich unterfüttert, nur durch gesellschaftlichen Druck bewirkt werden.

Fazit

Friedensforschung ist zur akademischen Disziplin geworden. Dadurch hat sie sich selbst in jenen Elfenbeinturm begeben, der mittlerweile in bescheidenem Maße auch akademische Karrieren ermöglicht, einige Studiengänge für Friedens- und Konfliktforschung einrichten konnte, Professuren eingerichtet hat. Der Preis ist die weitgehende Entpolitisierung der Friedensforschung. Sie

definiert sich über ihren Gegenstand, den Frieden. Die Forschung zu diesem Thema ist inzwischen weitgehend beherrscht von der Teildisziplin der internationalen Beziehungen und hat ein neues Feld der Politikberatung eröffnet, das Arbeitsmöglichkeiten neben Universitäten und einschlägigen Consultings im weiten Feld der Politikberatung eröffnet. Die Initiierung von Forschungsvorhaben, die Vergabe von Projekten oder auch die Bewilligung von Studiengängen verbleiben fest in staatlicher Hand. Der Kampf um die knappen Forschungsmittel sorgt präventiv für die politische Entschärfung von Forschungsvorhaben. Die wissenschaftliche Untersuchung und praktisch-politische Bearbeitung der organisierten Friedlosigkeit, die Teil des kapitalistischen Systems ist, bleiben von einer der herrschenden Politik unterworfenen Wissenschaft ausgeschlossen.

Literatur:

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2020): Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), <https://www.bmbf.de/de/deutsche-stiftung-friedensforschung-dsf-421.html> (letzter Aufruf: 22.02.2020)

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) (2020), <https://bundesstiftung-friedensforschung.de/stiftung/> (letzter Aufruf: 22.02.2020)

Erklärung Kritischer Friedensforscher zu ihrem Selbstverständnis (1971), in: Ulrike Wasmuth (1998): Geschichte der deutschen Friedensforschung, Münster, S. 177.

Hauswedell, Corinna (2014): Ein Leben für den Frieden. Ein Nachruf auf Karlheinz Koppe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 39-40.

Koppe, Karlheinz (2004): Dreimal getauft und Mensch geblieben, Berlin.

Steigerwald, Günter (2020): Nein! Herr Steinmeier, Sie verstehen sehr wohl! Einspruch des Psychologen zum Mord von Hanau, https://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2020/02/Steigerwald_Nein.pdf (letzter Aufruf: 22.02.2020)

Ruf, Werner (2016): Kapitalismus, Neoliberalismus und neue Weltunordnung – Politische Ökonomie und neue Friedlosigkeit, in: Bernhard, Armin; Eva Borst u. a. (Hg.): Kritische Pädagogik, Eingriffe und Perspektiven, Krieg und Frieden, Heft 3, Hohengehren, S. 19-41.

Ruf, Werner (2017): Neoliberalismus und Unfrieden – eine Kritik der Wirtschafts- und Handelspolitik der EU in: Sicherheit und Frieden, Heft 4, S. 191-195.

Ruf, Werner (2019): Die Domestizierung der Friedensforschung – Paradigma für die neoliberale Gleichschaltung der Wissenschaft, in: Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Jürgen Günther (Hg.): Krieg nach innen – Krieg nach außen – und die Intellektuellen als „Stützen der Gesellschaft“?, Frankfurt, S. 189-198.

Ruf, Werner (2020): Vom Underdog zum Global Player. Die Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne, Köln.

Strutynski, Peter (2002): Friedens- und Konfliktforschung politisieren, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 2, S. 52-55.